

Diözesanrat der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
Der Vorsitzende

Neujahrsempfang der Erzdiözese München und Freising
am 21. Januar 2005

Ansprache des Vorsitzenden des Diözesanrats,
Prof. Dr. Alois Baumgartner

Postfach 33 03 60
80063 München
Schrammerstr. 3/VI.
80333 München
Telefon: 0 89 / 21 37 - 12 61
Telefax: 0 89 / 21 37 - 25 57
E-Mail: dioezesanrat@erzbistum-muen-
chen.de
21.01.2005

Anrede,

Ihnen allen wünsche ich ein segensreiches Jahr, viel Erfolg als Bestätigung Ihrer Arbeit, Glück und Freude in Ihren Familien und engen Gemeinschaften, und gewissermaßen als Basiswunsch Lebensfreude und Gesundheit das ganze Jahr hindurch. Ich darf Ihnen diese Wünsche im Namen des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum München und Freising überbringen und von daher vielleicht in besonderer Weise an alle hier im Saal und auch in unserer weiten Diözese adressieren, die sich ehrenamtlich für die unterschiedlichsten Aufgaben zur Verfügung stellen. Das Ehrenamt ist gottlob noch kein knappes Gut in unserer Gesellschaft, so dass wir oft nicht ermessen, was das Ehrenamt für den Zusammenhalt in Kirche, Gesellschaft und Staat leistet. Man kann es noch knapper sagen, wenn Sie, Herr Cardinal, mir gleichsam als einem Laienprediger, der um seine kirchenrechtlichen Beschränkungen weiß, gestatten ein Wort aus Ihrer Sylvesterpredigt zu wiederholen: „Das ehrenamtliche Engagement ... ist der Kitt in unserer Gesellschaft.“ Dieser Satz steht in der Jahresschlusspredigt unseres Erzbischofs nicht isoliert. Sie beginnt - und nimmt damit ein Motiv des gemeinsamen Sozialworts der Kirchen von 1998 auf - mit der Feststellung, dass sich in Deutschland eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich aufte; und dass

diese Last vom alten ins neue Jahr herüberzunehmen unsere Hoffnung nicht gerade beflügele.

In der Tat, wir haben ein Auseinanderdriften in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Was nach dem Krieg über vier Jahrzehnte hinweg erfolgreich angestrebt wurde, nämlich der soziale Ausgleich, will uns nicht mehr gelingen. Manchmal hat es den Anschein, wir hätten ihn auch als gesellschaftliches Ziel aus dem Auge verloren.

Wenn man Spaltungs- und Polarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft anspricht, darf man sich freilich nicht auf Einkommen und Vermögen beschränken. Je mehr wir realisieren, dass die Bildung den künftigen sozialen Status und die Partizipationsmöglichkeiten jedes Einzelnen bestimmt, desto deutlicher muss uns auch die Schlüsselfunktion werden, die dem Bildungswesen für die Integration oder auch für die Spaltung der künftigen Gesellschaft zukommt. Die Frage des gerechten Zugangs zu den Bildungschancen gewinnt entscheidende Bedeutung. Deshalb darf sich unsere Gesellschaft nicht damit abfinden, dass wir offensichtlich in der Mobilisierung des Bildungswillens in bisher bildungsfernen Schichten nicht vorankommen. Eine Verfestigung und Undurchlässigkeit zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Schichten ist die gesellschaftliche Spaltung von morgen. Und wir haben auch Sorge zu tragen, dass die notwendigen Anstrengungen in Richtung von Elitenetzwerken und Elitestudiengängen ein Äquivalent finden in ebenso notwendigen Bemühungen für die sozial benachteiligten und begabungsschwachen Kinder und Jugendlichen. Wären nicht auch hier Netzwerke zu flechten zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft?

Nun kann man freudig konstatieren, dass im Laufe der letzten beiden Jahre Bildung zu einem zentralen politischen Thema wurde. Die Bemühungen um die Bildung unserer Kinder setzen früh an, faktisch schon von Geburt an. Umso aufmerksamer müssen wir die ideellen Ansätze und Wertentscheidungen derer zur Kenntnis nehmen, die heute die Trends setzen und die politischen Entscheidungen beeinflussen. Ich möchte hier nur den Länderbericht der OECD über „Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundes-

republik Deutschland“ - Baby-PISA genannt - erwähnen. Diesem Bericht, immerhin auf 80 eng beschriebene Seiten ausgelegt, gelingt es, mit keiner einzigen expliziten Aussage auf die vorrangige Bildungs- und Erziehungsaufgabe der Familie einzugehen. Umso ausführlicher werden die andersartigen Traditionen in den östlichen und westlichen Bundesländern behandelt. Unter Verweis auf die unterschiedlichen Auffassungen von Kindheit, Elternschaft und Familie heißt es wörtlich: „Im Westen gab es eine starke Ideologie der Mutterschaft, eine Auffassung, die auch als Maternalismus bezeichnet wird. Dahinter steht die Überzeugung, dass das kleine Kind innerhalb der Familie, und in erster Linie durch die Mutter, betreut werden sollte. ... Ganz anders im Osten, wo davon ausgegangen und erwartet wurde, dass beide Eltern berufstätig waren und der Staat die Tagesbetreuung der Kinder ab dem ersten Lebensjahr übernahm. Zudem wurde erwartet, dass diese Versorgung durch bestens ausgebildete Fachkräfte geleistet wurde, denen die Eltern voll und ganz vertrauen konnten. ...“ Seit der Wiedervereinigung hätten sich die Unterschiede zwischen Ost und West abgeschwächt. Im Westen gebe es aber immer noch Spuren dieser früheren Verschiedenheit. So wurden dem Untersuchungsteam gegenüber, so heißt es im Bericht wiederum wörtlich, „häufig Bedenken ... dieser Art geäußert: ‚Wir dürfen die Eltern nicht aus der Verantwortung entlassen‘, worin eine unterschwellige Besorgnis über die zukünftige Rolle der Familie ... zum Ausdruck kommt.“

Diese Besorgnis besteht in der Tat. Was sich hier zeigt, ist die postmoderne Bemäntelung der alten sozialistischen Parole: wer die Gesellschaft revolutionieren wolle, müsse zuallererst die Familie zerschlagen. Von daher kann es nicht mehr verwundern, dass die etwa zehnmal so hohe Quote an Kinderkrippenplätzen in den neuen Bundesländern gegenüber den alten von der Studie als Ausweis des Niveaus der frühkindlichen Bildung gerühmt wird. Wenn man es genau besieht, wird in dieser Bildungsevaluation der DDR, deren grandiose Zukunftsfähigkeit uns offensichtlich entgangen ist, posthum ein Spitzenplatz zugeordnet. Die Frage stellt sich: Wer evaluiert die Evaluierer?

Anrede, man könnte über diesen OECD-Bericht hinweggehen, wenn er in unserem Land nicht völlig kritiklos gleich einem Gottesurteil aufgenommen worden wäre. Es gibt geradezu einen Gleichklang zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft, dass die politische Priorität der Schaffung von Kinderkrippen zu gelten habe. Ideologische und wirtschaftliche Interessen greifen hier nahtlos ineinander. Auch unsere demographischen Probleme, sagt man, müssten von hier aus gelöst werden. Wer fragt schon, weshalb die höhere Quote an Kinderkrippenplätzen in den neuen Bundesländern nicht zu einer höheren Geburtenquote führt? Verstehen Sie meine Ausführungen nicht als Plädoyer gegen Kinderkrippen. Wir benötigen gewiss mehr Krippen. Es ist vielmehr ein Plädoyer für die Familie.

Anrede, eine Spaltung der Gesellschaft in dem Sinne, dass die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben und der Zugang zu den Chancen, die die Gesellschaft heute eröffnet, in einer eklatanten Weise ungleich verteilt sind, zeichnet sich auch zwischen Familien und kinderlosen Ehepaaren und Lebensgemeinschaften ab. Wer sich heute für Kinder entscheidet, hat sich in der Regel, was die materiellen Voraussetzungen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben angeht, für einen Abstieg entschieden. Im Jahr 2000 betrug in Deutschland das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen eines Ehepaares mit einem Kind im Durchschnitt nur 63 Prozent, verglichen mit dem Pro-Kopf-Einkommen eines kinderlosen Paares. Bei zwei Kindern sinkt dieser Wert auf 51 Prozent, bei drei Kindern beträgt der Wert nur noch 42 Prozent. Bezieht man die überproportionale Belastung der Familien durch neue und höhere indirekte Steuern ein, ist die Lage noch dramatischer. Das sind die Angebote unserer Gesellschaft für junge Frauen und Männer, die eine Familie gründen wollen. Das ist die reale Situation derer, die sich für Kinder entschieden haben. Die Zahlen sind bekannt. Sie sind seit fast zwanzig Jahren in einem erschütternden Sinn „stabil“. Und trotzdem fehlt der Familienpolitik gegenwärtig jeglicher Impuls. Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik, Frauenpolitik mit ihren jeweiligen Perspektiven und vorrangigen

Zielen werden als Familienpolitik angeboten. Die Familienpolitik selbst, also der gezielte Schutz und die gezielte Förderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Lebensgemeinschaft von Eltern und Kindern, hat keine Konjunktur. Auch die aktuell diskutierten sozial- und bildungspolitischen Reformvorschläge verheißen für die Familie nichts Gutes. In der gesetzlichen Krankenkasse sollen künftig die nicht erwerbstätigen Ehegatten ebenfalls Beitrag zahlen. Die bisherige kostenlose Familienmitversicherung der Ehegatten soll entfallen, allerdings mit dem Zusatz: Arme Leute können aus einem steuerfinanzierten Topf bezuschusst werden. Die Studiengebühren kommen mit Macht. Zusatz: Studierende aus armen Familien dürfen Darlehen aufnehmen. Die Nachmittagsprogramme der Schulen sollen von Volkshochschule, Sportverbänden und Musikschulen gestaltet werden, wesentlich mitfinanziert durch die Eltern. Die kostenpflichtige staatliche Pflichtschule hält Einzug. Aber auch hier fehlt gewiss nicht der genannte Zusatz. Es bleibt die Feststellung „Arme Eltern, arme Kinder!“

Anrede, man möchte wünschen, dass der heute oft angesprochene Aufbruch an tätiger Solidarität auch unsere eigene Gesellschaft erreichen möge. Wenn die Politik entschiedener an die solidarischen Potenziale, die bei den Menschen in unserem Land vorhanden sind, anknüpfte und sich von ihnen herausfordern ließe, wenn wir alle dies beharrlich, aber auch durch unseren eigenen Solidarbeitrag glaubwürdig einfordern würden, würde in unserem Land nicht nur das Vertrauen, die Zuversicht und der Zusammenhalt wachsen, sondern auch die Leistungskraft. Solidarität und Effizienz sind Geschwister. Das könnte ja eine Lösung sein - für das Jahr 2005.